

02/2008
**Schwerpunkt
 Klimaschutz
 & Anpassung**

GERMANWATCH

ZEITUNG FÜR ZUKUNFTSFÄHIGE NORD-SÜD-POLITIK · WWW.GERMANWATCH.ORG

- Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern**
Seite 2
- Zur Stromlücke wird es nicht kommen**
Interview mit Dr. Felix Christian Matthes, Öko-Institut Seite 3
- Aus dem Weltall ins Klassenzimmer**
Seite 4

Editorial

 **HENDRIK VYGEN**
 Germanwatch-Vorstandsmitglied

Bei den Klimaverhandlungen in Bali im Dezember letzten Jahres gelang es, einen ernsthaften Verhandlungsprozeß für ein neues Klimaschutzabkommen 2009 einzuleiten. Nicht mehr und nicht weniger. Ob nun tatsächlich alle Staaten auf dieses Ziel hin verhandeln, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Nachdem die Verhandlungsrunde Anfang April in Bangkok viel von der Bali-Dynamik vermissen ließ, stehen nun die Verhandlungen in der UN-Stadt Bonn an. Ohne Zweifel kommt der EU, den USA und China eine Schlüsselrolle zu. Wird die EU in den nächsten Monaten die notwendigen ambitionierten Rechtsetzungsvorhaben zu Emissionshandel, Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz sowie im Verkehrsbereich beschließen, oder bremsen einzelne Mitgliedstaaten die Bemühungen aus? Werden die USA nach der Präsidentschaftswahl eine glaubwürdige Führungsrolle in der nationalen und internationalen Klimaschutzpolitik übernehmen – ohne die Schwellenländer durch überzogene Forderungen zu verprellen? Wird der chinesischen Regierung eine effektivere Umsetzung der vielen klimarelevanten Maßnahmen als bisher gelingen?

Es gilt, den Verhandlungsprozeß zu beschleunigen und auf das 2-Grad-Ziel hin zu lenken. Für alle Staaten gilt es, Verantwortung zu übernehmen und den Weg frei zu machen für eine ernsthafte Klimaschutzpolitik der Staatengemeinschaft. Wir werden uns massiv dafür einsetzen. Mit dieser Zeitung geben wir Ihnen Informationen und Handlungsmöglichkeiten an die Hand, damit Sie einen Beitrag dazu leisten können.

Hendrik Vygen



Warum ich Germanwatch wichtig finde



JULI
 »Wir finden es wichtig, sich für den Klima- und Umweltschutz einzusetzen und NGOs wie Germanwatch und ihre Klimaexpedition dabei zu unterstützen, die Menschen in unserem Land aufzuklären und aufzurütteln. Wir denken, dass es tatsächlich auch möglich ist, noch etwas zu ändern, in dem man z.B. auch schon junge Menschen mit der Problematik vertraut macht.«



Werden sich die Schwergewichte EU (Sarkozy als EU-Ratspräsident im zweiten Halbjahr 2008), USA (Obama oder McCain) und China (Hu Jintao) so bewegen, dass es beim internationalen Klimapoker bis Ende 2009 in Kopenhagen zu einem wirkungsvollen und gerechten Klimaabkommen kommt?

Geht der internationalen Klimalokomotive Deutschland die Luft aus?

Die deutsche Klimapolitik verliert in international kritischer Phase an Schwung

In zwei Jahren werden wir abschätzen können, wie groß unsere Chance noch ist, einen gefährlichen Klimawandel abwenden zu können. Werden die EU und Deutschland Lokomotiven im internationalen Klimaschutz bleiben, oder geht ihnen nach den großen Ankündigungen die Luft aus? Wird es in den USA endlich eine massive Klimawende geben? Macht die chinesische Regierung ernst mit massiver Effizienzsteigerung? Wird es ein wirkungsvolles internationales Abkommen für Klimaschutz und Unterstützung der Betroffenen geben? Eines ist klar: Ohne eine überzeugende Vorreiterrolle Deutschlands und der EU wird es nichts mit der internationalen Klimawende.

Machen Deutschland und EU ernst mit ihrer Vorreiterrolle?

Das Bundeswirtschaftsministerium und die bayerische CSU haben gerade verhindert, dass der zweite Teil des angekündigten Klimaschutzpakets Anfang Juni verabschiedet werden kann. Die Umstellung der Kfz-Steuer von Hubraum auf CO₂-Ausstoß werde »zu Verzerrungen innerhalb der Neuwagenflotte führen«, meinte der zuständige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. Kurzum, er hat Sorge, dass sie wirkt. Außerdem sei es sinnvoll, den »Fahrzeugbestand von Steuererhöhungen« zu verschonen – hinzu kommt also Angst vor dem Wähler. Auch die Hausbesitzerlobby hat es geschafft, die Möglichkeit von Mietminderung bei unterlassener Wärmesanierung zu kippen. Und das ganze Paket an Klimabeschlüssen wurde jetzt auf die Warteschleife geschickt. Bei der Umsetzung drohen damit die Klimabeschlüsse von Meseberg zu einem Mesehügelchen zu schrumpfen. Mehr noch: Auch bei der Vorbereitung der großangekündigten Klimaschutzprogramme der EU gehört Deutschland zunehmend zu den Bremsern.

Einen Teil der Glaubwürdigkeit der hatte bereits die Kommission verspielt, als sie unter dem Druck vieler Mitgliedsstaaten Gesetzesentwürfe vorlegte, die sich am Ziel der Treibhausgas-Reduktion von 20 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990) orientieren. Auf die notwendigen 30 Prozent soll das Ziel erst erhöht werden, wenn es tatsächlich zu einem Klimaschutzabkommen Ende 2009 in Kopenhagen kommt. Mit den Gesetzesentwürfen für die Zukunft des Emissions-

handels, die Förderung der Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz steht nun der Lackmустest an. Die Verhandler weltweit sind gespannt, ob die EU tatsächlich mit einem solchen Paket zum UN-Klimagipfel in Posen Ende des Jahres reisen wird.

Die EU, die USA und China in den klimapolitischen Hauptrollen

Die EU, die USA und China sind die wichtigsten Akteure, wenn es darum geht, die Welt auf einen Pfad zu lenken, der nicht in das Großexperiment des ungebremsten globalen Klimawandels hineinführt. In diesen drei Regionen wird in den nächsten zwei Jahrzehnten der größte Anteil der Energieinvestitionen fließen. Zentral dabei: ob die emissionsintensive Kohle – und zwar ohne geologische Lagerung des CO₂ – dabei dominiert oder klimafreundliche Alternativen gefunden werden. Obwohl die Zeichen heute besser als vor zwei Jahren stehen, ist es völlig offen, ob es zu einer globalen, kooperativen Strategie kommt. Es ist enorm ambitioniert, die Politik gemeinsam am Dreieck der Klima-, Energie- sowie Ernährungssicherheit neu auszurichten. Werden in einem neuen internationalen Abkommen nicht nur die Interessen der Großmächte, sondern auch die der besonders vom Klimawandel Betroffenen berücksichtigt? Streben wir auf eine globale Klimapartnerschaft oder auf eine neue Klima-Apartheid zu?

US-Klimawende wider das Zwei-Grad-Limit?

Die jüngste Grundsatzrede zum Klimawandel des republikanischen US-Präsidentenwahlkandidaten McCain zeigt, dass auch Klima-Apartheid eine Möglichkeit ist. Zum einen bezeichnet er zwar den Klimawandel »als Test für die Vorsorge, den politischen Mut und die uneigennütige Sorge, die eine Generation der nächsten gegenüber schuldig« sei. Das Reduktionsziel, das er für die USA bis 2050 angibt, hört sich aber nur auf den ersten Blick gut an: 60 Prozent bis 2050 (gegenüber 1990). Von einem global fairen Klimaschutzziel ist diese Ankündigung weit entfernt. Jeder Amerikaner würde dann jährlich immer noch durchschnittlich acht Tonnen CO₂ pro Kopf ausstoßen. Soll der Klimawandel aber auf ein beherrschbares Niveau eingegrenzt werden, müssen

es global wahrscheinlich deutlich weniger als zwei Tonnen pro Kopf sein. Gleichzeitig sagt McCain, die Länder mit einem hohen Emissionswachstum – explizit werden China und Indien genannt – müssten »in gleicher Weise« wie die USA behandelt werden. Was dies genau heißt, bleibt zwar unklar. Doch zumindest läuft eine solche Strategie darauf hinaus, auch langfristig einen deutlich geringeren Pro-Kopf-Ausstoß der Schwellenländer gegenüber den Industrieländern festzuschreiben. Nach dem schriftlichen Redetext droht McCain China gar mit einem klimapolitischen Handelskrieg, wenn sich das Land nicht darauf einlässt. (Beim Vortrag hat er die Formulierung etwas abgeschwächt.) Die besonders vom Klimawandel betroffenen Menschen und Staaten kommen in seiner Rede überhaupt nicht vor. Kein Wort zur notwendigen Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in diesen Ländern. Einen Klimapakt, der ihre Wachstumsmöglichkeiten in solcher Weise unfair einschränkt, nennen viele Entwicklungsländer »Klima-Apartheid«. Solange die USA nicht mit einer konstruktiven Strategie auf sie zukommen, wird sich auch China international nicht stark bewegen. Und selbst wenn: Dort steht noch der Nachweis aus, ob die Regierung die wachsende Zahl von Klimaschutzbeschlüssen in dem riesigen Land konsequent umsetzen kann.

Primat der UN-Ebene

Die McCain-Rede zeigt auch, wie viel zu verlieren ist, wenn ein Klimadeal nur zwischen den Schwergewichten der Weltpolitik und nicht im UN-Kontext getroffen wird. Ergänzend können bilaterale Verhandlungen der EU mit China und den USA sowie anderen Schwergewichten durchaus eine wichtige Rolle spielen.

Wird die Zivilgesellschaft mehr Druck auf die Regierungen ausüben? Wird sie den Politikern die Angst nehmen, mit ernsthaftem Klimaschutz nur Wahlen verlieren zu können? Immerhin: In den USA sind schon etwa 50 Kohlekraftwerke, unter anderem durch Druck von der Straße, verhindert worden. In Deutschland sind es bereits vier. Die Klima-Allianz ruft zu großen Demonstrationen in Hessen und Brandenburg am 13. September auf. Beteiligen auch Sie sich (siehe Seite 3)!
 SVEN HARMELING UND CHRISTOPH BALS

Vom Überfluss zur Knappheit?

Oder: die mögliche Rückkehr des Hungers

Die Weltbank befürchtet Unruhen und Instabilität in 33 Ländern aufgrund der Preissteigerungen für Nahrungsmittel. Das Erreichen des zur Jahrtausendwende verkündeten Ziels, Armut und Hunger bis 2015 zu halbieren, drohe damit vielerorts unmöglich zu werden. Die Menschen in den Slums der Städte und die Kleinbauern ohne Zugang zum Markt, die oft 75 Prozent ihres Einkommens für Nahrung aufwenden, sind die Hauptbetroffenen des Preisanstiegs. Die Ursachen sind vielfältig.

■ Die Zahl der Menschen weltweit wächst jährlich etwa um die Einwohnerzahl Deutschlands.
■ Die Produktion eines Kilos Rindfleisch erfordert acht Kilo Soja. Der zunehmende Fleischgenuss in den Schwellenländern, etwa in China und Indien, beansprucht – dem Vorbild der

Industrieländer folgend – immer mehr landwirtschaftliche Flächen.

■ Zwar werden für Agrosprit bislang nur zwei Prozent der weltweiten landwirtschaftlichen Fläche genutzt. Angesichts der starken Dynamik schätzen verschiedene Studien die preistreibende Wirkung dennoch als hoch ein.

Das Export-Dumping landwirtschaftlicher Überschüsse der Industrieländer hat die Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern geschwächt – so mussten etwa immer mehr afrikanische Staaten Nahrungsmittel importieren. Heute zählen sie zu den weltweit 82 Staaten mit gravierenden Defiziten bei der Nahrungsmittelproduktion.

Außerdem: Wüsten wachsen. Mega-Städte in Südostasien und Lateinamerika wuchern in fruchtbare Landflächen. Die Erosion gefährdet

die Bodenfruchtbarkeit. In China beispielsweise geht jedes Jahr ein Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche verloren.

Der Klimawandel führt schon heute zu verringerter Produktivität und Wasser- und Energieverfügbarkeit der Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern. Darüber hinaus ist Australien durch die Dauerdürre in den letzten Jahren als großer Getreideexporteur ausgefallen.

Angesichts dieser Fundamentaldaten haben viele Investoren, insbesondere große Pensionskassen und Hedgefonds, in Zeiten abrückender Aktienkurse und Gebäudepreise viele Milliarden in den Rohstoffmärkten für Grundnahrungsmittel angelegt und die Preise weiter angetrieben.

Nun setzen viele darauf, dass wegen der

hohen Preise viele Landwirte neue Flächen unter den Pflug nehmen und deren Produktivität steigern. Schon im vergangenen Jahr gab es eine Rekordgetreideernte, auch wenn diese auch noch nicht ausreichte, um die stärker gestiegene Nachfrage zu befriedigen. Anfang Mai legte das US-Landwirtschaftsministerium Prognosen vor, nach denen in diesem Jahr mit einem neuen Rekord bei Weizen und Soja zu rechnen ist.

Doch selbst wenn das Wetter dieses Jahr nicht – wie so oft in der letzten Dekade – die Pläne durchkreuzt, bleiben zwei große Fragen offen: Steigt die Produktivität schnell und dauerhaft genug? Hilft sie tatsächlich den Menschen, die schon heute von Hunger bedroht sind?

CHRISTOPH BALS



URICH DÖRRING

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel müssen den Schutz des Menschenrechts auf Nahrung, vor allem in Entwicklungsländern, in den Vordergrund stellen.

DIE FINANZSTRÖME UMLENKEN

■ Die Internationale Energieagentur erwartet, dass in den nächsten 20 Jahren ca. 20.000 Milliarden US-Dollar in die Energieinfrastruktur investiert werden, vor allem in die Stromversorgung. Nordamerika steht dabei an erster Stelle, u.a. weil – wie in der EU – viele alte Kraftwerke ersetzt werden müssen. Der Aufbau der Energieinfrastruktur in Asien erfordert ebenfalls enorme Investitionen. Wie »sauber« all diese Investitionen sein werden, wird über das Ausmaß des Klimawandels entschieden. Die Politik muss entsprechende politische Leitplanken setzen. Der CO₂-Ausstoß der eingesetzten Technologien muss hier das Schlüsselkriterium werden. Für wenig effizientere Kohlekraftwerke ohne Abscheidung und geologische Lagerung des CO₂, wie sie derzeit in Deutschland an vielen Orten geplant werden, darf kein Platz mehr sein. Erneuerbare Energien, insbesondere Offshore-Wind und solarthermische Kraftwerke, und ihre intelligente Verknüpfung sind Schlüsselstrategien. Öffnet die Politik den Weg für diese Märkte der Zukunft? An Geld fehlt es nicht, und Technologien sind vorhanden. Doch die Zeit wird knapp, um politisch das Steuer rechtzeitig herumzureißen.

Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern

Kernthemen der Klima-Verhandlungen in Bonn

Wie können erfolgreiche Prozesse zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern beschleunigt werden? Was müssen dazu die Regierungen der Industrie- und was die der Entwicklungsländer in einem neuen Klimaabkommen leisten? Um diese Fragen geht es im sogenannten Anpassungspaket bei den UN-Klimaverhandlungen in Bonn, die am 2. Juni beginnen.

Wie überall im Leben ist Geld nicht alles, doch Geld spielt eine zentrale Rolle. Erste Schätzungen zeigen, dass der durch den Klimawandel verursachte Finanzbedarf für Anpassung in Entwicklungsländern bis 2020 durchaus auf eine Größenordnung von 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr anwachsen könnte – und zwar zusätzlich zur schon lange versprochenen, notwendigen Erhöhung der Entwicklungshilfe. Bisher haben die Industrieländer weniger als ein Prozent der erwarteten Anpassungskosten bereitgestellt. Selbst die Umsetzung der dringlichsten Anpassungsstrategien in den 50 ärmsten Entwicklungsländern ist chronisch unterfinanziert, obwohl es sich dabei insgesamt um »nur« ein bis zwei Milliarden US-Dollar handelt. Zum Vergleich: In Hamburg alleine werden derzeit umgerechnet etwa 800 Millionen US-Dollar in den Deichneubau zum Schutz vor dem Meeresspiegelanstieg investiert.

Wo kann das benötigte Geld herkommen? Aus Gerechtigkeitsgründen scheint es einleuchtend, dass diejenigen, die besonders stark zum Klimawandel beigetragen haben, auch den größten Anteil dieser zusätzlichen Kosten zu tragen haben. Damit kommt auf die Industrieländer, zunehmend aber auch auf die wohlhabenden Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern, eine besondere Verantwortung zu. Dies heißt allerdings nicht notwendigerweise, dass Haushaltsmittel in Milliardenhöhe fließen müssen. Es existieren eine Vielzahl von Ideen für innovative Finanzierungsinstrumente, die das Verursacherprinzip berücksichtigen. Deutschland nutzt in diesem Jahr zum ersten Mal Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel, um auch Klimaschutz und Klimaanpassung in Entwicklungsländern (120 Millionen Euro) zu unterstützen. Der Schönheitsfehler ist hier allerdings, dass alle diese Mittel auf die »normale« Entwicklungshilfequote

Deutschlands angerechnet werden, die noch weit von dem Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entfernt ist. Laut eines Vorschlags der EU-Kommission sollten alle EU-Staaten diesen Finanzierungspfad weiterentwickeln. Im Jahr 2020 könnten so etwa zehn Milliarden Euro für internationale Zwecke generiert werden. Bisher wehren sich die Mitgliedstaaten, auch Deutschland, aber gegen eine entsprechende Vorgabe aus Brüssel. Dies droht zu einem großen Hemmnisse auf dem Weg zu einem neuen Klimaabkommen zu werden.

Der internationale Flugverkehr, der bisher noch vollkommen von Klimaschutzpflichten unter dem Kyoto-Protokoll befreit ist, soll ebenfalls zur Bewältigung der Klimaschäden beitragen. Hier wären sowohl die Versteigerung von Emissionszertifikaten als auch eine Flugticketabgabe denkbar. Letzteres hätte auf internationaler Ebene den Vorteil, dass es unabhängig von den nationalen Haushalten Geld generieren könnte. In den UN-Verhandlungen besteht allerdings derzeit noch große Unklarheit darüber, welche Instrumente für den Flugverkehr im Rahmen eines neuen Klimaabkommens eingeführt werden – wenn sich die Staaten überhaupt dazu durchringen können. Sinnvoll scheint es, mittelfristig ein sich weitgehend selbst finanzierendes Finanzregime zum Klimawandel zu entwickeln, bei dem Anreize zur Emissionsvermeidung gesetzt und die so generierten Gelder auch für die Bewältigung der Folgen des Klimawandels eingesetzt werden.

Zentral für die Wirksamkeit und die Zahlungsbereitschaft ist, dass die Mittel bei den besonders verletzlichen Menschen in den Entwicklungsländern ankommen. Hier stehen vor allem die Regierungen der Entwicklungsländer in der Verpflichtung, zentrale Menschenrechte wie das Menschenrecht auf Nahrung (siehe Kasten) durchzusetzen. Gerade auch die Wasserversorgung wird eine Schlüsselrolle bei der Anpassung spielen. Die internationalen Gelder können diese Bemühungen unterstützen. Germanwatch wird bei den Verhandlungen in Bonn durch ein offizielles Side-Event und vielfältige Aktivitäten auf die Beachtung dieser Punkte drängen.

SVEN HARMELING

Das Menschenrecht auf Nahrung in der Anpassungsdebatte

Politikmaßnahmen müssen die Bedürfnisse der Verletzlichen in den Vordergrund stellen

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei sind entscheidende Sektoren für die Nahrungsmittelproduktion und gleichzeitig sehr empfindlich gegenüber Klimaveränderungen. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft in tropischen Regionen könnten verheerend sein und somit katastrophale Folgen für Öko- und Sozialsysteme haben. Dabei wird das Ausmaß der Schäden entscheidend von der Wahl und dem Design von Politikmaßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel abhängen. Das Hauptaugenmerk nationaler und internationaler Anpassungspolitik sollte auf den Bedürfnissen der am stärksten gegenüber dem Klimawandel Verletzlichen liegen. Dies erfordert einen menschenrechtsba-

sierten Ansatz – auf nationaler und globaler Ebene. Die Regierungen haben sich dazu verpflichtet, das Menschenrecht auf Nahrung zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen. Sie müssen bei der Anpassung an den Klimawandel sicherstellen, dass die eigene Politik den Zugang zu Nahrung garantiert und Dritte das Recht auf Nahrung nicht verletzen. Es bedarf einer Strategie gegen bereits bestehende Marginalisierungen.

An ihrer Verpflichtung zum Schutz des Menschenrechts auf Nahrung muss sich jede Regierung messen lassen – auch bei der Gestaltung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Die Verpflichtung beinhaltet, eine nationale Strategie zur Implementierung des Rechts auf Nahrung zu erarbeiten, die die

folgenden fünf Elemente beinhaltet:

- Die Regierungen müssen die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen identifizieren.
 - Sie müssen sicherstellen, dass die bestehenden Gesetze die Bedürfnisse dieser Gruppen berücksichtigen.
 - Die gewählten Maßnahmen müssen die besonders verletzlichen Gruppen in den Fokus stellen und sie dabei unterstützen, mit den Risiken umzugehen.
 - Die Regierungen müssen die Umsetzung ihrer politischen Maßnahmen überwachen und
 - sie müssen zur Verantwortung gezogen werden können, beispielsweise durch Beschwerde- und Entschädigungsmechanismen.
- Maßnahmen zur Anpassung an den

Klimawandel sollten denselben Tests unterzogen werden. Durch die Integration des Menschenrechts auf Nahrung in die Anpassungsmaßnahmen werden diese zielgerichteter und problemorientierter. Die internationale Staatengemeinschaft hat mit dem in Bali beschlossenen Anpassungsfonds einen ersten wichtigen Schritt zur Verantwortungübernahme akzeptiert. Ein menschenrechtsbasierter Ansatz könnte sicherstellen, dass die Mittel tatsächlich den besonders verletzlichen Gruppen und Menschen zugute kommen. Das Menschenrecht auf Nahrung sollte deshalb zu einem Kernpunkt der weiteren Verhandlungen über den Anpassungsfonds werden. MICHAEL WINDFUHR, BROT FÜR DIE WELT

»Zur Stromlücke wird es nicht kommen«

Interview mit Dr. Felix Christian Matthes, Öko-Institut

Akteure der Stromwirtschaft malen für das Jahr 2020 ohne den Neubau von Kohlekraftwerken eine Stromlücke in Deutschland an die Wand. Halten Sie die Sorge für berechtigt?

Nein. Zum einen kann die Politik durch Maßnahmen für Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung oder Erneuerbare Energien alternative Energieoptionen schaffen. Zum anderen hat auch der bestehende Kraftwerkspark genügend Flexibilität, um mögliche Engpässe zu verhindern. Der Zeitpunkt der Debatte ist jedoch wohl nicht ganz zufällig. Schließlich geht es bei den einschlägigen Forderungen, Laufzeitverlängerungen für Kraftwerke und kostenlose CO₂-Zertifikate für Kraftwerke, um sehr hohe Zusatzprofite der Stromerzeuger. **Hilft es dem Klimaschutz, wenn jetzt alte Kohlekraftwerke durch effizientere, neue Kohlekraftwerke ersetzt werden?**

Bei der Antwort auf diese Frage darf man nicht nur auf kurzfristige Effekte schauen, sondern auch auf die langfristigen Konsequenzen für das Klima. Außerdem muss man die Wirkung des EU-Emissionshandels mit im Blick behalten.

Wenn es nicht gelingt, die Alternativen schnell genug voranzubringen, dann gibt es zwei Möglichkeiten. Erstens: Man kann mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke kurzfristig den Emissionsausstoß verringern. Das funktioniert allerdings nur, wenn die alten Kraftwerke dann tatsächlich stillgelegt werden, was keinesfalls gesichert ist. Durch solche Neubauten nimmt man aber künftige Emissionsniveaus in Kauf, die nicht akzeptabel sind, wenn man

die langfristig notwendigen Klimaschutzziele ernst nimmt. Bis 2050 sollen die Emissionen in Deutschland um mindestens 80 Prozent sinken. Dann ist kein Platz für Kohlekraftwerke, die zu diesem Zeitpunkt erst in ihrem 35. Betriebsjahr sind. Und der CO₂-Preis, mit dem solche Bestandskraftwerke aus dem Markt gedrängt werden könnten, wäre außerordentlich hoch.



DR. FELIX CHRISTIAN MATTHES
Koordinator Energie & Klimaschutz

Zweitens: Wir haben auch die Möglichkeit, die alten Kohlekraftwerke für einen begrenzten Zeitraum weiterzubetreiben, bis die Alternativen aufgebaut sind. Für das Klima ist das auch kurzfristig nicht schädlich, denn durch den Emissionshandel ist sichergestellt, dass an anderer Stelle dementsprechend mehr CO₂ reduziert wird. Obwohl wir auf die kurzfristigen Verringerungen durch neue Kohlekraftwerke verzichten, wird zumindest bis 2020 insgesamt nicht mehr CO₂ ausgestoßen. Allerdings kann dadurch kurzfristig der CO₂-Preis steigen, was für langfristige Investitionsentscheidungen aber eher zielführend sein dürfte.

Kurzum: Langfristig ist es für das Klima deutlich besser, wenn im Bedarfsfall die alten Kraftwerke etwas länger laufen, anstatt neue gebaut werden.

Viele Investoren stecken ihr Geld in neue Kohlekraftwerke, weil sie nicht glauben, dass die Politik tatsächlich die notwendigen Rahmenseetzungen für Kraftwärmekopplung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien durchsetzt. Was muss die Politik tun?

Erstens brauchen wir ein wirksames EU-Emissionshandelssystem, orientiert an EU-Reduktionszielen von 30 statt 20 Prozent, mit einer vollständigen Versteigerung der Emissionsrechte für den Kraftwerksbereich. Zweitens brauchen wir eine wirksame Liberalisierung des Erdgasmarktes. Drittens benötigen wir eine politische Flankierung für die Verstromung von Gas in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, den Ausbau Erneuerbarer Energien und die Stromeinsparung.

Außerdem ist ein politisch glaubwürdiges Signal notwendig, dass in der Zukunft nur noch Kohlekraftwerke betrieben werden können, wenn dies mit der Abscheidung und geologischen Lagerung von CO₂ – also mit CCS – flankiert wird. Wenn die Investoren wissen, dass die Politik dieses Ziel verfolgt, dann stehen viele Kraftwerksentscheidungen auch ökonomisch in einem ganz anderen Licht.

Und wie sieht es mit der Infrastruktur aus? Welcher Handlungsbedarf besteht hier?

Die Frage nach der Infrastruktur ist wahrscheinlich die eigentlich entscheidende.

Erstens brauchen wir für den deutlich umfangreicheren Einsatz von Erneuerbaren Energien den Ausbau des Netzes. Das Stromnetz



Beim Klimaaktionstag am 8. Dezember 2007 demonstrierten Tausende in Neurath bei Düsseldorf gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke.

der Zukunft wird zwei wichtigen Herausforderungen genügen müssen. Einerseits muss es darauf gerichtet sein, den Trend zur Zentralisierung durch Offshore-Wind usw. zu bewältigen. Daneben muss es aber auch für die dezentralen Herausforderungen, sowohl auf die dezentrale Stromerzeugung als auch auf das Laststrommanagement, bei den Kunden ausgerichtet sein. Es wird ein ausgeweitetes Netz sein müssen, dass vielfältige Dienstleistungen der Integration anbietet. Dies wird nur gelingen, wenn es nicht in den Händen der großen Stromversorger bleibt. Neben den Wettbewerbsfragen ist auch dieser Aspekt ein klares Argument für die Eigentumsentflechtung von Stromerzeugung und -netz, für das sogenannte Ownership Unbundling. **Wenn wir an die Zeit bis 2030 denken: Welche Schlüsseltechnologien halten Sie über die Effizienz und Erneuerbaren hinaus für notwendig, um Strom klimafreundlich genug zu erzeugen? Sehen Sie die Option, Solar- und Windstrom aus Nordafrika nach Europa zu transportieren? Welche Rolle müssen Gas und Kraft-Wärme-Kopplung spielen? Brauchen wir CCS?**

Ich bin skeptisch, ob wir schon 2030 im großen Stil weiträumige Energieimporte erleben werden. Es wird schon Mühe kosten, die Infrastruktur aufzubauen, die es uns erlaubt, durch Erneuerbare Energien im eigenen Land 30 bis 40 Prozent des Strombedarfs zu decken. Die Kraft-Wärme-Kopplung macht ökologisch

nur Sinn, wenn sie auf der Basis von Gas oder Erneuerbaren Energien betrieben wird. Bei den absehbaren Preisniveaus von Gas und Öl werden wir aber um CCS nicht herumkommen, wenn wir die Klimaschutzziele ohne Kernkraft erreichen wollen. Das gilt nicht nur beim Blick auf Schwellenländer, sondern auch für Europa und USA. Eine Betrachtung nur für Deutschland macht keinen Sinn mehr in Zeiten einer europäischen Energie- und Klimapolitik und eines EU-Emissionshandelsregimes. Aber auch im Bereich CCS steht uns die Infrastrukturdiskussion noch bevor.

Eine wachsende Zahl von Experten sieht angesichts der Verknappung des preiswerten Rohöls in den nächsten 20 Jahren einen starken Trend zu Elektroautos. Was würde das für die Stromnachfrage bedeuten?

Nach der Wasserstoff- und der Biospritwelle reiten nun einige auf der der Elektromobilität. Es ist aber für mich nicht absehbar, dass ein großer Teil der Fahrzeugflotte über den Energieträger Strom angetrieben werden wird. Elektromobilität wird zwar eine Rolle spielen, aber auch andere Energieträger wie Bioenergie der zweiten Generation. Ich würde jedenfalls niemandem empfehlen, gestützt auf diese vage Hoffnung zusätzliche Kraftwerke zu bauen oder auf eine höhere Kraftwerksauslastung zu hoffen.

INTERVIEW: CHRISTOPH BALS

Klima schützen – Kohle stoppen!

Die über 90 Mitgliedsorganisationen der Klima-Allianz rufen zu zwei Klimaschutzdemonstrationen gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke am 13. September 2008 auf. Das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde bei Cottbus in Brandenburg und das Steinkohlekraftwerk Staudinger in Großkrotzenburg bei Hanau in Hessen sind symbolische Ziele einer verfehlten Klima- und Energiepolitik.



Kraftwerksneubauten legen CO₂-Emissionen für die nächsten 40 bis 60 Jahre fest, die sich mit zukunftsfähigem Klimaschutz sowie den Klimazielen der EU und der Bundesregierung nicht vereinbaren lassen und den Hauptbetroffenen des Klimawandels in Entwicklungsländern neue Risiken aufbürden. Germanwatch ruft zur Teilnahme an den Demonstrationen auf und wird selber am Kraftwerksneubau Staudinger in Hessen sichtbar aktiv werden.

Weitere Informationen unter:
www.die-klima-allianz.de

Den Klimawandel stoppen!



Werden Sie aktiv!

Als Bürger/in:
Zeigen sie den Politikern die Grüne Karte!

Beteiligen Sie sich an der Aktion »Zukunft statt Kohle«!

Das Online-Netzwerk Campact fordert im Rahmen der Aktion »Zukunft statt Kohle«: Wir brauchen eine konsequente Wende hin zu einer klimafreundlichen Stromerzeugung, die auf Erneuerbaren Energien und effizienten Gaskraftwerken und nicht auf Kohle- und Atomkraft beruht. Germanwatch hält es für unverantwortlich, neue Kohlekraftwerke zu bauen, solange CO₂ nicht sicher abgeschieden und gelagert werden kann (CCS-Technologie).

Überzeugen Sie die Politiker davon, jetzt die Energiewende einzuleiten!

Beteiligen Sie sich an der Aktion unter www.campact.de. Oder senden Sie den unterschriebenen Coupon an Germanwatch.

Als Verbraucher/in:
Zeigen sie den Stromunternehmen die Rote Karte!

Wechseln Sie zu Ökostrom und werden Sie Fördermitglied bei Germanwatch!

Germanwatch kooperiert bereits seit über einem Jahr mit zwei der glaubwürdigsten Anbietern von grünem Strom: Elektrizitätswerke Schönau (EWS) und LichtBlick.

Davon profitieren Sie bei einem Wechsel zu Ökostrom:

■ Wenn Sie kein Mitglied sind, erhalten Sie so für dieses Jahr kostenfrei eine Fördermitgliedschaft bei Germanwatch im Wert von 60 Euro.

■ Wenn sie bereits Mitglied sind, erhalten Sie nach diesem Jahr eine Rückerstattung von 25 Euro. Damit beziehen Sie Ökostrom in diesem Jahr besonders günstig.

Germanwatch freut sich über Kopien von Briefen, die sie ihrem alten Stromanbieter geschrieben haben!

Coupon

- Ich möchte grünen Strom von EWS beziehen!
Bitte schicken Sie mir entsprechende Unterlagen zu.
- Ich möchte grünen Strom von LichtBlick beziehen!
Bitte schicken Sie mir entsprechende Unterlagen zu.
Die Unterlagen können auch auf der Germanwatch-Aktionswebsite (s.u.) sowie über das Bonner Büro von Germanwatch unter Telefon 0228/60492-0, Fax -19 oder E-Mail taubert@germanwatch.org angefordert werden.
- Ich unterzeichne den Klima-Appell »Zukunft statt Kohle« an die deutsche Bundesregierung!

Diese Aktion finden Sie auch im Internet unter:
www.germanwatch.org/strom.htm

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ Ort

Tel., E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte einschicken an: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

Termine

- **Duisburg, 12.-14.6.08:** Jugendmesse »respect our future«, u.a. mit Workshops und Infostand von Germanwatch. Veranstalter: Aktion Mensch. Messe-Website: www.respect.de/jugendmesse
- **Berlin, 13.-15.6.08:** »Berlin 08 – Das Festival für junge Politik«, u.a. mit Workshops von Germanwatch. www.du-machst.de/index.php?id=berlin08
- **Köln, 19.-21.09.08:** MultiplikatorInnen-Training zum Thema »Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung« (2. Teil). Kontakt: Armin Paasch, a.paasch@fan.de

Wer wir sind – was wir wollen

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige globale Entwicklung. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Anika Busch, Gerold Kier, Klaus Milke. Layout: Udo Tremmel, Berlin. Auflage 99.000. Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und von der Europäischen Union. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1-2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/klika
- Bericht »Zur Lage der Welt 2008. Auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft?«. 19,90 Euro. Bestellungen bei Karoline Hutter, Heinrich-Böll-Stiftung, Tel. 030-28534-202, hutter@boell.de
- Positionspapier: Anmerkungen zur Rolle des Global Compact im Spannungsfeld von freiwilligen Selbstverpflichtungen und staatlicher Regulierung. 5 Euro. www.germanwatch.org/corp/gc07.htm
- Diskussionspapier: Ein Porträt der Klimapolitik Chinas. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/chin10d.htm
- Hintergrundpapier: Adaptation to Climate Change – Where do we go from Bali? 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/adapt08.htm
- Hintergrundpapier: Bali, Poznan, Kopenhagen – Dreisprung zu einer neuen Qualität der Klimapolitik? 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/bapoco.htm
- Broschüre: Globaler Klimawandel. Aktualisierte Ausgabe 2008. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/gwk08.htm
- Broschüre: Der Klimaschutz-Index 2008. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/ksi.htm
- Briefing Paper: Global Climate Risk Index 2008. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/crri.htm
- Rechtsgutachten: Informations- und Berichtspflichten der deutschen börsennotierten Automobilkonzerne im Hinblick auf die durch den globalen Klimawandel und eine weitere Ölpreissteigerung hervorgerufenen Risiken. 8 Euro. www.germanwatch.org/corp/auto08.htm
- Arbeitsblätter zum Klimawandel (7 Sets zu verschiedenen Themen). Je 3 Euro. www.germanwatch.org/klima/ab.htm

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer, Kampagnen- und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung:

versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Aus dem Weltall ins Klassenzimmer

Germanwatch-Klimaexpedition bundesweit auf Tour

Die Folgen des Klimawandels sichtbar und zugleich Mut machen, eigene Handlungsoptionen zum Klimaschutz zu nutzen: Das waren die Überlegungen, die zum Start der Germanwatch-Klimaexpedition im Jahr 2004 führten. Seitdem tourt sie durch Deutschland, in 2008 mit über 300 Auftritten.

Zu Beginn der Präsentation bauen die Umweltpädagogen des Germanwatch-Projektpartners Geoscopia eine Satellitenempfangsanlage auf. In einer 90-minütigen Präsentation werden dann Live-Bilder vom Satelliten analysiert und mit archivierten Bildern verglichen, um die Folgen des Klimawandels sichtbar zu machen. Grundlagen der Klimatologie und Meteorologie kommen anschaulich zur Sprache, Fragen der SchülerInnen werden direkt aufgenommen. Die Germanwatch-Klimaexpedition, ein anerkanntes Projekt der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«, kann als Einstieg oder als Abschluss einer Einheit zum Klimawandel eingebunden werden, Germanwatch bietet über www.germanwatch.org ergänzendes Hintergrundmaterial zum Klimawandel sowie Arbeitsblätter und Foliensätze an.



Die Reaktionen der TeilnehmerInnen sind immer aufs Neue überwältigend. Es werden in der Präsentation nicht nur

die Folgen des Klimawandels an Beispielen wie Meeresspiegelanstieg, schmelzenden Gletschern und Sturmereignissen verdeutlicht. Vielmehr erarbeiten die Pädagogen und Schüler auch die dazu führenden Prozesse und diskutieren Auswege. Wer sind die Hauptbetroffenen des globalen Tempe-



Die Germanwatch Klimaexpedition in Aktion.

raturanstiegs? Wie schaffen wir es, dass die Erwärmung der Erdatmosphäre unter der Großgefahrenschwelle von 2 Grad bleibt? Wie verhindern wir, dass sich selbst verstärkende Prozesse (Kipp-Elemente) im Klimasystem in Gang kommen? Wie sehen Aspekte globaler Klimagerechtigkeit aus, in der der CO₂-Ausstoß drastisch reduziert wird, die Länder des Südens aber die Chance behalten, sich sozial und ökonomisch zu entwickeln? Und welche Rolle spielt der Einzelne als Bürger, Konsument und Sparer bzw. (Klein-)Kapitalanleger? Ziel der Germanwatch-Klimaexpedition ist es als außerschulischer Partner neue aktuelle Aspekte in den Unterricht zu tragen, sowie ermutigende Aufklärung über Hintergründe mit Aktionsmöglichkeiten in Zeiten des bereits laufenden Klimawandels zu verknüpfen.

Die Germanwatch-Klimaexpedition

arbeitet in 2008 mit der Energiesparlampen-Recyclinginitiative Lightcycle zusammen: Aufgrund des Gehalts an Quecksilber in Leuchtstoffröhren und Energiesparlampen ist es das Ziel der Initiative, den Anteil der zurückgegebenen und recycelten Lampen stark zu erhöhen. Dazu wird ein Netz von Rückgabestellen aufgebaut und Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Lightcycle veranstaltet einen Schülerwettbewerb zum Energiesparen: www.scooltour.info

Die Germanwatch-Klimaexpedition ist 2008 für die Klassen fünf bis 13 aller Schulformen bundesweit buchbar. Die Schulen zahlen einen Eigenanteil in Höhe von 120 bis 150 Euro. Über klimaexpedition@germanwatch.org oder Tel. 0234-9490141 kann die Tour gebucht werden, unter www.germanwatch.org gibt es weitere Informationen und Hintergrundmaterial zum Klimawandel.

STEFAN ROSTOCK

KLIMAWANDEL ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE ARMUTSBEKÄMPFUNG

■ Dass der Klimawandel immer mehr die Erfolge der Entwicklungspolitik und der Armutsbekämpfung in Frage stellt, steht kaum noch außer Frage. Was dies konkret für die Armut- und Klimapolitik bedeutet, werden Experten und Interessierte auf Einladung von Germanwatch und weiteren Partnern am 30. und 31. Mai bei der 2. Internationalen Konferenz »Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung« in Bonn diskutieren.

Mehr Informationen finden Sie unter www.germanwatch.org/termine.



DIE WELT AM SCHEIDEWEG – WIE RETTEN WIR DAS KLIMA?

■ Das globale Klimasystem droht, aus dem Gleichgewicht zu geraten. Die Achillesfersen unseres Planeten werden sichtbar, und die paradiesischen Zustände eines stabilen Klimas könnten schon bald ein Ende haben. Ein neues Buch, dessen Herausgeber Germanwatch ist, erscheint Anfang Juni in den Buchläden. Es präsentiert eine globale Bestandsaufnahme und zeigt Wege aus der Klimafalle.

Dabei lässt es uns einen Blick hinter die Kulissen der weltweiten Klimapolitik werfen und zeigt Möglichkeiten, wie Politik, Wirtschaft und jeder Einzelne sich der Herausforderung stellen können. Verfasst haben das Buch Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer, und Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch, gemeinsam mit Ilona Jerger und Horst Hamm von Natur + Kosmos. Christoph Bals, Horst Hamm, Ilona Jerger, Klaus Milke: Die Welt am Scheideweg: Wie retten wir das Klima? Mit einem Vorwort von Arved Fuchs. Juni 2008, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 16,90 Euro

»Über Wasser: Menschen und die gelbe Kanne«

Klimawandel steigert Wasserknappheit in dramatischem Ausmaß

Ein lächelndes Mädchen hält ein Gemälde hoch. Darauf fährt ein Schiff in der Sonne auf dem blauen Aralmeer, in dem silberne Fische schwimmen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Seit den 1960er Jahren hat sich das Aralmeer auf 10 Prozent seiner Originalgröße verringert. Die einst florierende Fischerei ist zusammengebrochen, einzigartige Ökosysteme sind verschwunden. Die Bevölkerung rund um das Meer ist heute zu 90 Prozent arbeitslos.

Ein neuer Dokumentarfilm mit dem Titel »Über Wasser« des Regisseurs Udo Maurer zeigt die Auswirkungen der bereits heute existierenden Wasserkrise für die Menschen. Der Zuschauer erfährt, wie die schutzlosen, jedoch außerordentlich anpassungsfähigen Bewohner Bangladeschs mit dem steigenden Meeresspiegel und saisonalen Fluten umgehen. Rund 600.000 Menschen leben dort wie Wassernomaden auf kleinen zerfallenden Inseln, die oft nicht größer als 20 Quadratmeter sind. »Ein großer Teil unseres Lande würde

verschwinden, wenn die weltweiten Treibhausgase nicht drastisch reduziert werden«, machte der Vertreter Bangladeschs bei den letzten UN-Klimaverhandlungen in Bali deutlich: Ein Meeresspiegelanstieg von nur einem halben Meter würde für rund 17 Millionen Menschen in Bangladesch den Verlust ihrer Häuser bedeuten.

»Über Wasser: Menschen und die gelbe Kanne« dokumentiert auch das Schicksal der Menschen in den Kibera Slums in Nairobi, die ihr Wasser mit gelben Kannen holen müssen. Etwa eine Million Menschen leben in diesem Elendsviertel, dessen Einwohner mehr für ihr Wasser zahlen müssen als die Menschen in den reichen Gebieten der kenianischen Hauptstadt. Verantwortlich dafür sind vor allem Korruption und mangelnde Infrastruktur. Das Problem lässt sich nicht allein mit Hilfe lokaler Reformen bewältigen; aufgrund des Klimawandels und der Ressourcenausbeutung könnte Nairobi bald ganz ohne Wasser dastehen.

Heute leben rund zwei Milliarden Menschen ohne verlässlichen Zugang zu sauberem Wasser. Ernährungssicherheit und der Zugang zu sauberem Wasser sind Grundlagen einer Gesellschaft, jedoch erhöht Entwicklung den Druck auf den Wassersektor. Selbst eine Halbierung der Zahl an Hungernden bedürfte einer Steigerung der für die Nahrungsmittelproduktion eingesetzten Wassermenge um 50 Prozent. Seit 1940 hat sich der weltweite Wasserverbrauch vervierfacht, während sich die weltweite Bevölkerung verdoppelt hat. Dieser Trend muss umgekehrt werden.

»Über Wasser« macht deutlich, dass die erwartete Wasserknappheit auf der einen Seite und der drohende Meeresspiegelanstieg auf der anderen die Entwicklung zahlreicher Länder ernsthaft gefährden. Die Industrieländer müssen gemäß dem Verursacherprinzip einen erheblich größeren Betrag zur Wassersicherheit in Entwicklungsländern leisten.

THOMAS SPENCER, MIRJAM KID